

RUNDSCHREIBEN NR. 12

An die Verteilerliste

Prot. Nr. 302421

Bozen, 30.5.2013

Bearbeitet von:
Dr. Daniela Momo / mm
Tel. 0471 63 51 00
E-Mail: vet@provinz.bz.it
PEC: vet@pec.prov.bz.it**Verwaltungsstrafen: Landesgesetz vom 7. Jänner 1977, Nr. 9, Artikel 4/bis in geltender Fassung (sogen. "Verwarnung")****Präzisierungen und verfahrenstechnische Weisungen für die Feststellungsorgane
(Verweis auf Rundschreiben Nr. 1/2011 und Nr. 2/2012 des Landestierärztlichen Dienstes)**

Dieser Landestierärztliche Dienst hat im Rahmen der ihm unterstellten Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten erhebliche Unterschiede in der Anwendung der obgenannten Bestimmungen festgestellt: die Unterschiede betreffen sowohl **das Erfassen der Verwaltungsübertretungen**, die nur einer "Verwarnung" unterliegen, als auch die einzuhaltenden **Verfahrensschritte**.

Vorab erinnern wir daran (wie im genannten Rundschreiben Nr. 1/2011 genauer erläutert, auf das wir verweisen), dass die Materie der Verwaltungsstrafen sowohl durch staatliche Gesetzgebung als durch Landesgesetzgebung geregelt ist, und dass aufgrund des **Kriteriums der territorialen Zuständigkeit** in der autonomen Provinz Bozen die Bestimmungen des Landesgesetzes (L.G.) vom 7. Jänner 1977, Nr. 9 in geltender Fassung (i.g.F.), Anwendung finden. Nur für die nicht ausdrücklich auf Provinzebene geregelten Bereiche findet das Gesetz (G.) Nr. 689/1981 i.g.F. Anwendung. Laut Artikel 105 des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670 (vereinheitlichter Text der Verfassungsgesetze, die das Sonderstatut für Trentino-Südtirol betreffen) finden im Zuständigkeitsbereich des Landes die staatlichen Bestimmungen Anwendung, bis das Land eigene Bestimmungen trifft. Deshalb herrschen bei zeitgleicher Regelung eines Anliegens (in der Zuständigkeit des Landes) durch Staats- und Landesquellen letztere vor. Man beachte, dass die Dekrete des Landesveterinärdirektors Kraft der Ermächtigung von L.G. vom 12. Jänner 1983, Nr. 3, Artikel 4, angewandt werden.

Zweifel über die anzuwendende Norm können auch angesichts einer Vielzahl an Bestimmungen entstehen, die den gleichen Tatbestand regeln. In diesem Fall muss sich der Sachbearbeiter am **Spezialitätsgrundsatz** laut Artikel 9 des G. 689/1981 i.g.F. orientieren, laut dem *"Bei Ahndung der gleichen Tat durch eine strafrechtlich Bestimmung und durch eine die Verwaltungsstrafe vorsehende Bestimmung oder durch eine Vielzahl von eine Verwaltungsstrafe vorsehenden Bestimmungen, [...] die Sonderbestimmungen Anwendung [finden]"*, es sei denn ein und dieselbe Handlung wird durch eine strafrechtliche Bestimmung und eine Landesbestimmung geahndet. In diesem Fall hat die strafrechtliche Bestimmung der Landesbestimmung gegenüber Vorrang, da im Strafrecht nur der Staat Gesetzgebungsbefugnis hat.

In Bezug auf das Verfahren laut Artikel 4/bis des L.G. 9/1977 i.g.F. ist zuallererst eine sprachliche Präzisierung zweckmäßig. In der Praxis hat sich die Verwendung der Begriffe "Mahnungsprotokoll" und "Vorhaltungsprotokoll" eingebürgert, wobei mit dem ersten das Protokoll bezeichnet wird, in welchem eine Übertretung ohne irreversible Schäden festgestellt wird, während das zweite jenes Protokoll bezeichnet, in dem eine irreversible Schäden bewirkende Übertretung festgestellt wird und das den Beginn des vom Gesetzgeber vorgesehenen Strafverhängungsverfahrens darstellt.

Das vorliegende Rundschreiben ist im Internet veröffentlicht unter: www.provinz.bz.it/landwirtschaft



Gemäß den einschlägigen Bestimmungen gliedert sich das Strafverhängungsverfahren grundsätzlich in folgende Phasen:

- 1) **Ermittlungen** sind Beweiserhebungen zum Überprüfen des Bestehens einer Übertretung (z. B. Inspektionen, Aufnahme von Informationen, Fotodokumentationen, usw.) [Artikel 3, L.G. 9/1977 i.g.F.; Artikel 13, G. 689/1981 i.g.F.]
- 2) **Feststellung** der Vorschriftenübertretung, nimmt durch das Ausstellen des Feststellungsprotokolls Form an [Artikel 3, L.G. 9/1977 i.g.F.]
- 3) **Vorhaltung oder Zustellung**¹ der Daten der Übertretung, wobei mit dem Ausdruck Vorhaltung die unmittelbare (oder persönliche) Beanstandung dem Übertretungsursheber gegenüber gemeint ist und als Zustellung hingegen die Übermittlung (z. B. über den Postweg) des Feststellungsprotokolls [Artikel 4, L.G. 9/1977 i.g.F.]
- 4) **Zahlung in herabgesetztem Ausmaß** [Artikel 6, L.G. 9/1977 i.g.F.]
oder
- 5) **Ausübung des Verteidigungsrechts des Übertretungsverursachers** (Verteidigungsschriften und/oder Anhörung) [Artikel 7, Absatz 1, L.G. 9/1977 i.g.F.]
- 6) **Bußgeldbescheid** (oder Archivierung) [Artikel 7, L.G. 9/1977 i.g.F.]

Durch diese erste Präzisierung wird deutlich, dass der Begriff "Verwarnung" vielmehr nur allgemein gebräuchlich ist und es hingegen nicht möglich ist, einen entsprechenden juristischen Begriff in den einschlägigen Rechtsquellen auszumachen.

Der Einfachheit halber wird hier der Begriff "Verwarnung" weiterhin verwendet, um jene Sachlagen darzulegen, die dem Artikel 4/bis des L.G. 9/1977 i.g.F. unterliegen.

A. Artikel 4/bis des L.G. 9/1977 i.g.F. (sogen. "Verwarnung"): ERMITTLUNG der Übertretungen, die keine irreversiblen Schäden bewirken

Der Vollständigkeit halber werden einige allgemeine Erklärungen angeführt.

Artikel 4/bis des L.G. 9/1977 i.g.F. führt den Begriff der "**Verwaltungsübertretungen, die keine irreversiblen Schäden bewirken**" ein, der im D.L.H. vom 27. Oktober 2010, Nr. 39, Artikel 1, genauer erläutert wird als *"Übertretungen, die vermögensrechtliche oder nicht vermögensrechtliche Schäden verursachen können, in Form biologischer, existenzieller oder moralischer Schäden, oder in Form öffentlicher Schäden für die Umwelt, für welche den Verantwortlichen die Strafe auferlegt wird, den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen oder einen angemessenen Schadenersatz zu leisten. Alle sonstigen Übertretungen sind Verwaltungsübertretungen, die keine irreversiblen Schäden bewirken"*.²

Man beachte, dass die Gesetzgebung den Begriff "**verursachen können**" verwendet bzw. sich auf Übertretungen bezieht, die irreversible Schäden bewirken könnten. Es ist also nicht nötig, dass sich ein irreversibler Schaden einstellt, sondern reicht, dass das Verhalten diesen herbeiführen könnte.

¹ In der Praxis und zahlreichen Rechtssprechungsentscheidungen wird die "Vorhaltung" oft im weiteren Sinn gesehen, sowohl für die "sofortige Beanstandung" als für die "zeitversetzte Vorhaltung oder Vorhaltung mittels Zustellung der Daten der Übertretung". In den einschlägigen Rechtsquellen (G. 689/1981, Artikel 14, Artikel 18, Absatz 1; L.G. 9/1977, Artikel 4) wird der Begriff "Vorhaltung" dagegen im engeren Sinn verwendet, also nur um die "(persönliche) Vorhaltung" zu beschreiben, wobei sich diese von der "Zustellung" der Daten der Übertretung unterscheidet. Die Vorhaltung setzt persönlichen Kontakt voraus und besteht in der direkten Mitteilung der Beschuldigung. Die echte Vorhaltung bedingt somit, dass sie und die Feststellung unmittelbar zueinander sind. Sie erfolgt nur bei voller Erörterung zwischen Feststellungsorgan und Urheber der Übertretung. Ist eine sofortige Vorhaltung nicht möglich, erfolgt die Zustellung der Daten der Übertretung (zu dieser Auslegung siehe z. B. "Il codice delle depenalizzazioni" S. 285, F. Bartolini, Hsg. La Tribuna).

² Um den Anwendungsrahmen der betreffenden Vorschrift richtig einzuordnen, erinnern wir daran, dass

- **vermögensrechtlicher Schaden** (Artikel 2043, ZGB) in Verlust, Zerstörung oder Beschädigung eines vermögensrechtlichen Guts, in entgangenem Gewinn oder zusätzlichen Spesen besteht.
- **nicht vermögensrechtlicher Schaden** (Artikel 2059, ZGB) in der Schädigung von Gütern besteht, bei denen eine finanzielle Wertbestimmung nicht möglich ist, und a) **moralischen Schaden** (vorübergehendes innerliches Leid), b) **biologischen Schaden** (Schädigung des Rechts auf gerichtsärztlich abschätzbare physische und psychische Unversehrtheit) und c) **existenziellen Schaden** (Schädigung verfassungsrechtlicher, mit der Person zusammenhängender Interessen) beinhaltet. Einzige Form der Wiedergutmachung ist der **Schadenersatz** (Artikel 1226, ZGB).
- **öffentlicher Schaden für die Umwelt** sich aus der Schädigung des Gemeinschaftsrechts ableitet, einerseits beim Erhalt, der rationellen Nutzung und der Verbesserung der natürlichen Bedingungen in allen Komponenten (Luft, Wasser, Grund und Boden) und andererseits bei der Existenz und der Erhaltung der Genvielfalt zu Lande und im Wasser sowie aller Tier- und Pflanzenarten, die darin ihren natürlichen Lebensraum haben. Die Wiedergutmachungsformen für diese Schadensart sind die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands der Örtlichkeiten oder der Schadenersatz.



Das von der Landesgesetzgebung verwendete Konzept des "reversiblen/irreversiblen Schadens" ist auch angesichts des Rundschreibens des Generaldirektors Nr. 14/2010 eng mit jenem der "reversiblen Wirkung" verbunden. Entstehen aus einer Übertretung (sowohl durch Handlung als durch Unterlassung) Schädigungen oder potentielle Schädigungen, die beseitigt werden können, oder kann die Lage "berichtigt" werden, gibt das Feststellungsorgan im Feststellungsprotokoll jene Maßnahmen an, die es als angemessen erachtet, um die Unzulänglichkeiten zwecks "Berichtigen des Sachverhalts" zu beseitigen. Es legt eine Frist fest, innerhalb welcher der Übertretungsverursacher den Anordnungen nachkommen muss.

Bestehen bleibt, dass bei einer Straftat die hier beschriebene Regelung keine Anwendung findet, da in diesem Fall die Gesetzgebungsbefugnis ausschließlich beim Staat liegt.

Folgend erörtern wir die Art der Konsequenzen, die aus vorschriftswidrigem Verhalten (Handlung oder Unterlassung) entstehen können.

a) Die Auswirkungen der Übertretung dauern fort oder sind zum Zeitpunkt der Feststellung noch nicht erloschen.

In diesen Fällen ist die Anwendung der gegenständlichen Regelung naturgemäßer. Das Feststellungsorgan prüft die Schadensart, welche die Übertretung verursacht oder verursachen könnte. Angesichts berichtigbarer Auswirkungen (d. h. es werden keine irreversiblen Schäden vermögensrechtlicher und nicht vermögensrechtlicher Natur in jeglichem Sinn oder Umweltschäden bewirkt) verfügt es die zu ergreifenden Maßnahmen und die einzuhaltenden Fristen zum Beseitigen (Berichtigen) der Auswirkungen oder der Gefahr möglicher reversibler Auswirkungen (z. B. strukturelle Mängel, unkorrekte Tierhaltung).

b) Die Auswirkungen der Übertretung sind unmittelbar und "enden" zum Zeitpunkt des Eintretens des Verhaltens.

In diesem Fall muss das Feststellungsorgan einschätzen, welche Schäden aus der Übertretung resultieren oder hätten resultieren können. Sollte man zum Ergebnis kommen, dass es sich um reversible Schäden handelt (=Verstöße, die keine irreversiblen Schäden verursachen oder diese grundsätzlich nicht verursachen können), wendet das Feststellungsorgan die Regelung laut Artikel 4/bis des L.G. 9/1977 an: Können die Auswirkungen berichtigt werden, werden mittels Feststellungsprotokoll die zu ergreifenden Maßnahmen zur Beseitigung der Unzulänglichkeiten und die entsprechenden Anpassungsfristen festgelegt. Können die Auswirkungen der Übertretung nicht beseitigt werden, enthält das Feststellungsprotokoll keine Vorschriften, sondern eine Abmahnung vor dem Wiederholen der gleichen Übertretung (z. B. Feststellen eines einzelnen Vorfalls der Nichteinhaltung der vom HACCP-Plan vorgesehenen Verfahrensweisen oder hygienische Mängel, die keinen Schaden für Dritte bewirken; Tiertransport nicht gemäß LegID. 151/2007; nicht gemeldete Hausschlachtung, usw.).

Die Einschätzung des Feststellungsorgans ist grundlegend, um festzustellen, ob ein Fall in den Anwendungsbereich von Artikel 4/bis L.G. 9/1977 i.g.F. mit Aussetzung des Strafverfahrens fallen könnte, oder ob die Schädigung, auch nur potentiell, irreversible Schäden verursacht. Diesbezüglich weisen wir darauf hin, dass das Feststellungsprotokoll ein Verwaltungsakt ist und als solcher von einer klaren, logischen und nicht widersprüchlichen Begründung getragen werden muss. **IM FALLE EINER NATRÄGLICHEN ERHEBUNG VON WIDERSPRÜCHEN LIEGT DIE BEWEISLAST ÜBER DIE STICHHALTIGKEIT DER MAßNAHME BEI DER VERWALTUNG BZW. BEIM FESTSTELLUNGSORGAN.**

Diesen ersten Abschnitt abschließend weisen wir auf einige Anwendungsbereiche der Regelung hin, die in der Praxis von großer Bedeutung sind:

Dokumentation

Die Übertretungen betreffs Dokumentation fallen in den Anwendungsbereich von Artikel 4/bis L.G. 9/1977 i.g.F.. Darum werden mit dem Feststellungsprotokoll die zum Berichtigen der vorgefundenen Regelwidrigkeit geeigneten Anordnungen erteilt (z. B. Vorlegen der fehlenden Dokumentation;

³ Die Fähigkeit der Sachlage, irreversiblen Schaden zu bewirken, muss unter Verwendung von Kriterien bewertet werden, wie z. B. a) der Wahrscheinlichkeitsrate des Eintretens eines schädlichen Ereignisses in einer als normal eingestuften Situation; b) die durchschnittliche Kenntnis darüber, welche Person möglicherweise geschädigt werden könnte, wobei diese Person auf jeden Fall sorgfältig handeln muss; von dieser Bewertung ausgenommen sind unwahrscheinliche oder außergewöhnliche Ereignisse.



Ausfüllen der Register usw.).

Hierzu verweisen wir auf die Rundschreiben dieses Dienstes Nr. 1/2011 und Nr. 2/2012.

LegID. Nr. 193/2007 i.g.F. (Artikel 6, Absätze 4, 5, 6, 7, und 8)⁴

Wir verweisen auf Artikel 16 des L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14: *„Fehlt die in Artikel 6, Absätze 6, 7 und 8 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 6. November 2007, Nr. 193, vorgeschriebene **Dokumentation** oder ist sie unvollständig, so stellt dies eine Übertretung dar, die keine irreversiblen Schäden bewirkt. Die Übertretung wird folglich gemäß den Verfahrensvorschriften geahndet, die im Artikel 4/bis des Landesgesetzes vom 7. Jänner 1977, Nr. 9, vorgesehen sind.“*

Artikel 6 des LegID. Nr. 193/2007 i.g.F. führt ein, dass bei bestimmten Unzulänglichkeiten alternativ zur Strafe eine Frist zur Anpassung an die Vorgaben der betreffenden Bestimmungen festgelegt wird. Nur bei Nichtanpassung nimmt das auf die Übertretungsfeststellung folgende Strafverfahren seinen Lauf, endet entweder in der Zahlung im herabgesetzten Ausmaß oder im Bußgeldbescheid. Im Licht der Verfügungen der Landesbestimmung (Artikel 4/bis, L.G. Nr. 9/1977 i.g.F. und Artikel 16 L.G. Nr. 14/2011 i.g.F.) und des LegID. Nr. 193/2007 i.g.F., muss das Feststellungsorgan:

- 1) hinsichtlich der **hygienischen Erfordernisse** einschätzen, ob es sich um Mängel handelt, die zur Strafanwendung führen (auch potentiell irreversible Schäden), oder ob es sich hingegen um Unzulänglichkeiten handelt, die beseitigt werden können (Artikel 4/bis L.G. 9/1977 i.g.F.);
- 2) hinsichtlich der **Eigenkontrollverfahren** einordnen, ob die Mängel und Unzulänglichkeiten die Dokumentation betreffen; diese gelten, in Anwendung des L.G. 14/2011, Artikel 16, immer als berichtigbar und fallen daher in den Anwendungsbereich von Artikel 4/bis L.G. 9/1977 i.g.F. Die anderen Verfahrensmängel (nicht in der Dokumentation) müssen vom Feststellungsorgan hinsichtlich der möglicherweise daraus resultierenden Schadensart (reversibel oder irreversibel) eingeschätzt werden.

Fristen

Bei Nichteinhalten von Fristen zum Nachkommen gesetzlicher Pflichten (Eintragungen, Meldungen, Impfungen usw.), ordnet das Feststellungsorgan im Feststellungsprotokoll die Maßregeln an, die zum Berichtigen des Sachverhalts ergriffen werden müssen. Ist das Beseitigen der Auswirkungen nicht mehr möglich, muss das Feststellungsorgan die Art der daraus folgenden oder möglicherweise daraus folgenden Auswirkungen prüfen bzw. prüfen ob sie für Vermögensgüter, Gesundheit oder Umwelt auf irreversible Weise von Nachteil sind. Wie erwähnt, ist die Einschätzung des Feststellungsorgans grundlegend für das Bewerten der mehr oder minder reversiblen Wirkungen eines Schadens, der verursacht wurde oder hätte verursacht werden können.

Etikettierung, Lebensmittelhygiene, Rückverfolgbarkeit

Für diese Kategorie von Sachverhalt verweisen wir auf das Rundschreiben des Landesamtes für Hygiene und öffentliche Gesundheit 23.6 vom 3.5.2011 *“Violazioni amministrative che non danno luogo a danni irreversibili”* [Anlage 1].

Auch hier ist verständlich, dass das Ermessen des Feststellungsorgans grundlegend ist, um die mehr oder minder reversible Natur der auf eine festgestellte Übertretung folgenden Schäden (oder möglichen Schäden) zu bestimmen.

B. Artikel 4/bis L.G. 9/1977 i.g.F.: VERFAHRENSABLAUF bei Übertretungen, die keine irreversiblen Schäden bewirken

Feststellungsprotokoll: Formulierung

Auch bei Übertretungen, die keine irreversiblen Schäden bewirken, wird ein Strafverfahren eingeleitet, dessen erster Akt das Feststellungsprotokoll ist, das alle Elemente eines Protokolls beinhaltet.

⁴ Artikel 6 des LegID. 193/2007 behandelt folgende Sachverhalte:

Hygienische Erfordernisse (Absätze 4, 5 und 7)

- Bei gänzlicher Nichteinhaltung der hygienischen Erfordernisse sieht das Legislativdekret die sofortige Verhängung der Strafe vor (Absätze 4 und 5).
- Werden die Erfordernisse hingegen unzureichend erfüllt, wird eine Frist zum Beseitigen der Unzulänglichkeiten gewährt, und nur bei Nichtanpassung wird mit dem Verhängen der Strafe fortgefahren (Absatz 7).

Eigenkontrollverfahren (Absätze 6, 7 und 8)

- nicht vorhandene Verfahren: Verhängen der Strafe (Absatz 6)
- unangemessene Verfahren: es wird eine Frist zum Beseitigen der Unzulänglichkeiten gewährt (Absatz 7)
- nicht angewandte oder falsch angewandte Verfahren: Verhängen der Strafe (Absatz 8)



ten muss, d.h. die genaue Angabe der die Übertretung verursachenden Person, die genauen Umstände hinsichtlich Zeit und Ort, die Daten der feststellenden Person, die genaue Beschreibung der festgestellten Tat, die Daten der übertretenen Bestimmung (mit Angabe von Artikel und Absatz) sowie die vorgesehene Strafe.

Weiters erinnern wir daran, dass auch bei Zustellung des Protokolls mittels Post laut Artikel 149 der Zivilprozessordnung (Z.P.O.) am unteren Ende des Akts (sowohl auf dem Original als auf der zu sendenden beglaubigten Kopie) der Zustellungsbericht positioniert wird, in welchem das Postamt angeführt wird (z. B. Postamt Bozen), das für den Versand der beglaubigten Kopie durch Einschreiben mit Empfangsbestätigung sorgt. Das Nichtausfüllen des Zustellungsberichts stellt einen Formfehler des Protokolls dar.

Feststellungsprotokoll: Anpassungsweisung oder Verwarnung

Das Feststellungsprotokoll muss, zusätzlich zur Schilderung der Sachlage und deren Einschätzung, die zur Anwendung des Anordnungsverfahrens führt, erläutern was zu tun ist, um die Auswirkungen des festgestellten rechtswidrigen Verhaltens zu beseitigen. Die **Fristen, innerhalb derer** die vorgefundenen Unzulänglichkeiten zu berichtigen sind, sind **klar und verbindlich** anzuführen. Indikativ sollte die maximal vorgesehene Zeit nicht mehr als **120 Tage** betragen. Nachdem das Gesetz hierzu keine genauen Angaben macht, können beispielsweise bei Notwendigkeit größerer baulicher Eingriffe Anpassungsfristen von mehreren Monaten gewährt werden.

Enden die Auswirkungen eines rechtswidrigen Verhaltens im Moment des Begehens und können daher nicht mehr beseitigt (=berichtigt) werden, muss das Feststellungsorgan einschätzen, ob das Verhalten irreversible Schäden verursacht hat oder hätte verursachen können. Erachtet das Feststellungsorgan, dass keine irreversible Schäden vorliegen oder diese auch nicht hätten verursacht werden können, wird der Urheber des rechtswidrigen Verhaltens im Feststellungsprotokoll vor dem Begehen der gleichen Übertretung verwarnt.

Feststellungsprotokoll: Recht auf Verteidigung (30 Tage laut Artikel 18, G. 689/1981)

Obwohl von Artikel 4/bis L.G. Nr. 9/1977 nicht ausdrücklich vorgesehen, erachtet man es in Anwendung der Grundsätze unserer Rechtsordnung als korrekt, dem Urheber der Rechtswidrigkeit die Möglichkeit zu geben, Verteidigungsschriften einzureichen und/oder angehört zu werden, wie es bei den Strafverfahren vorgesehen ist. Damit gibt man dem Betroffenen die Möglichkeit, sich am Streitverfahren, das ihn betrifft, zu beteiligen, damit er die eigene Lage angemessen verteidigen kann (Recht auf Verteidigung: Artikel 24 der Verfassung). Dieser Aspekt hat besondere Bedeutung bei der Wiederholung der gleichen Übertretung in den fünf auf die Feststellung folgenden Jahren. Es könnte sich nämlich ergeben, dass das Verfahren bereits mit der Archivierung endet (z. B. nicht fristgerechte Zustellung, Fehleinschätzung der Sachlage usw.).

Wie gesagt, nachdem es von der Landesgesetzgebung keine ausdrücklichen Vorschriften gibt, bezieht man sich auf die Regelung laut Artikel 18 des G. 689/1981, d.h. die Verteidigung kann innerhalb von 30 Tagen ab Zustellung der Feststellung erfolgen (es wird keine zusätzliche Frist von 60 Tagen für die Möglichkeit der Zahlung im herabgesetzten Ausmaß angerechnet).

Prüfung der Einhaltung der erteilten Weisungen

Nach Ablauf der Frist zur Beseitigung der Unzulänglichkeiten **verpflichtet** das Landesgesetz **zu überprüfen**, ob die Weisungen vom Urheber des rechtswidrigen Verhaltens befolgt wurden. Diesbezüglich wird klargelegt, dass diese Prüfung nicht mehrere Monate nach Ablauf der festgelegten Frist erfolgen soll, sondern innerhalb angemessener Zeiten (möglichst innerhalb von **30 Tagen** nach Ablauf der Anpassungsfrist). Bei Auftreten organisatorischer Schwierigkeiten (Krankheit, Urlaub usw.) ist ein Aufschub der Prüfung zulässig, allerdings nur für den Zeitraum, der zum Überwinden der Schwierigkeiten absolut nötig ist. Bei besonderen Umständen, wie der Almwirtschaft oder saisonaler Tätigkeit, ist es ausnahmsweise zulässig, dass die Prüfung bis zum Wiederaufnehmen der Tätigkeit in der nächsten Saison aufgeschoben wird.

Am Ende der Prüfung muss ein Protokoll verfasst werden, in dem angeführt wird, dass es sich um die Nachkontrolle zur Feststellung handelt, die laut Dokument Prot. Nr. yx am TT/MM/JJJJ erfolgte. Um den nachfolgenden Ablauf des Verfahrens gliedern zu können, ist es wichtig, dem Ergebnis der Kontrolle Rechnung zu tragen.

Die Kontrolle der Anpassung an die erteilten Weisungen kann ein **günstiges** oder **ungünstiges Ergebnis** erbringen.



1) **Die Kontrolle hat ein günstiges Ergebnis erbracht:** Einhaltung der Weisungen mit Beseitigung der vorgefundenen Mängel.

Stellt das Feststellungsorgan fest, dass der Urheber des rechtswidrigen Verhaltens dem Order zum Berichtigen der Umstände gefolgt ist, **ist das Strafverfahren ausgesetzt**. Verstreicht die Frist zum Einheben der Strafe (=fünf Jahre nach dem Tag, an dem die Übertretung begangen wurde), ohne dass der Urheber des rechtswidrigen Verhaltens in den fünf Jahren nach der Feststellung die gleiche Bestimmung übertritt, erlischt das ausgesetzte Strafverfahren durch Verjährung des Rechts auf Einhebung der Strafe (Artikel 9 L.G. Nr. 9/1977 i.g.F.).

Im Protokoll muss ausdrücklich angeführt werden, dass das Strafverfahren ausgesetzt ist, aber bei Übertreten der selben Bestimmung durch den Übertreter in den fünf Jahren nach der Feststellung das Verfahren laut Artikel 4/bis L.G. 9/1977 i.g.F. (auch angesichts reversibler Schäden) keine Anwendung findet und das **zuständige Organ** (=Landestierärztlicher Dienst) unmittelbar auch mit der Einhebung der Strafe verfahren wird, welche aus der (vorherigen) mit der Einhaltung der erteilten Weisungen geendeten Feststellung resultiert.

Das Feststellungsorgan muss beim Verfassen des Protokolls prüfen, ob der Übertretungsverursacher in den fünf vorangehenden Jahren die gleiche Übertretung begangen hat. Sofern der Landestierärztliche Dienst das zuständige Organ ist, verfügt jeder Gesundheitsbezirk des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs über diese Information, da die aktuelle Liste der beim Landestierärztlichen Dienst eingetroffenen Protokolle wöchentlich übermittelt wird. Die anderen Feststellungsorgane können hierzu den Landestierärztlichen Dienst oder einen der Gesundheitsbezirke des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs kontaktieren.

Man betont, dass das Feststellungsorgan die hier angeführte Überprüfung durchführen muss, und dass die unkorrekte Umsetzung des Verfahrens (=fehlendes Verhängen vorgeschriebener Strafen) auch einen Vermögensschaden (=Schaden entgangener Einnahmen) zulasten der Verwaltung verursachen könnte. Darum setzt das korrekte Funktionieren des Systems die unverzügliche Übermittlung der Protokolle an den Landestierärztlichen Dienst voraus.

Infolge der Meldung der wiederholten Übertretung der selben Bestimmung wird das erste (ausgesetzte) Strafverfahren wieder aufgenommen, und die zuständige Behörde verhängt die Strafe (=Bußgeldbescheid). Die Zustellung des Bußgeldbescheids unterbricht die Verjährung des Rechts auf Einhebung der Strafe für die erste Übertretung.

Das Verfahren zur zweiten Übertretung verläuft hingegen wie bei Übertretungen, die irreversible Schäden bewirken.

Im Protokoll muss aber festgehalten werden, dass das Verfahren laut Artikel 4/bis L.G. 9/1977 i.g.F. nicht angewendet werden kann, weil in den fünf vorhergehenden Jahren bereits die gleiche Übertretung begangen wurde. Anwendung finden hier die Vorschriften für die Zahlung im herabgesetzten Ausmaß oder Verteidigungsschriften vorzulegen bzw. angehört zu werden.

Man beachte, dass die Landesgesetzgebung (L.G. 9/1977, Artikel 4/bis, Absatz 4) in diesem Fall die Wiederholung des gesetzeswidrigen Verhaltens (mit daraus folgendem Ausschluss der Möglichkeit, das günstigere Verfahren laut Artikel 4/bis des L.G. 9/1977 i.g.F. anzuwenden) nur dann anerkennt, wenn es sich um die Übertretung der **„gleichen Bestimmung“** bzw. der gleichen Rechtsvorschrift (=selber Artikel, selber Absatz) handelt, und somit wird das Konzept von Artikel 8/bis L. 689/1981 nicht geteilt, laut welchem sich die Wiederholung bei „Übertretungen der gleichen Natur“ ergibt.

2) **Die Kontrolle hat ein ungünstiges Ergebnis erbracht:** sollte der Übertretungsverursacher die erteilten Weisungen nicht einhalten, schreitet das zuständige Organ laut Artikel 4/bis Absatz 3 des L.G. Nr. 9/1977 i.g.F. mit dem Verhängen der vorgesehenen Strafe fort. Das Feststellungsorgan verfasst also ein neues Protokoll, in dem die Informationen des vorherigen Feststellungsprotokolls, die mangelnde Einhaltung der erteilten Weisungen und eventuelle Anmerkungen des Übertreters angeführt sind. Das Protokoll wird dem Übertreter zugestellt und dem Landestierärztlichen Dienst übermittelt, der den Bußgeldbescheid ausstellt.

Feststellungsprotokoll: Zustellung mit der Post

Im Rahmen der Strafverhängungsverfahren sieht die Gesetzgebung die Pflicht zum Zustellen der Akte ausdrücklich vor (Artikel 4 des L.G. Nr. 9/1977 i.g.F.).



Wie erwähnt, werden die Daten einer Übertretung, die nicht persönlich vorgehalten wurde, auf der Grundlage der einschlägigen Gesetzesbestimmungen zugestellt (und nicht mitgeteilt!)⁵ durch

- einen Beamten der Gerichtspolizei oder
- einen Zustellboten der Gemeindeverwaltung oder Landesverwaltung oder
- die **POST** (weitaus häufigste Methode).

Die Bestimmungen der Z.P.O. (Artikel 136 ff.) geben die allgemeine Regelung der Zustellung und Mitteilung vor.

Das G. vom 20. November 1982, Nr. 890 i.g.F. diktiert eine spezifische Regelung im Bereich der Zustellungen und Mitteilungen **durch die Post**.

Man betont, dass laut Artikel 2 des G. 890/1982 für die Zustellung von Akten immer die **grün gefärbten** Umschläge und Empfangsbestätigungen zu verwenden sind! Darum wird dieser Modus auch im Bereich der Verfahren laut Artikel 4/bis des L.G. 9/1977 (sogen. Verwarnung) angewandt. Man beachte, dass die Nichteinhaltung der Weisungen des Feststellorgans das Ausstellen des Bußgeldbescheids mit sich bringt und darum die reguläre Zustellung des Akts wesentlich ist für die Gültigkeit des gesamten Strafverfahrens.

Der Zustellnachweis (der bis zur Fälschungsklage vollen Beweis begründet) setzt sich zusammen aus dem Zustellungsbericht am unteren Ende des Akts und dem ordnungsgemäß ausgefüllten grünen Kärtchen (Empfangsbestätigung), das eventuelle Angaben zur CAD (Comunicazione Avvenuto Deposito - Mitteilung über die erfolgte Hinterlegung)⁶ enthält.

Sollte die Sendung mit dem Vermerk "verzogen" oder "unbekannt" zum Absender zurückkommen, ist der Zustellnachweis nicht komplett. Auf der Empfangsbestätigung wird die Unauffindbarkeit des Empfängers vermerkt.

Ist die Frist für das Zustellen des Akts noch nicht verstrichen und die neue Adresse bekannt, kann die Zustellung auf die selbe Art und Weise wiederholt werden.

Sind weder Wohnsitz, Aufenthaltsort noch Wohnort bekannt, kann die Zustellung gemäß Artikel 143 Z.P.O. erfolgen, indem die Sendung bei der letzten Wohnsitzgemeinde, oder, sollte diese

⁵ Die Zustellung unterscheidet sich von der Mitteilung anhand ihrer Beweiskraft, da der Zustellnachweis eine öffentliche Urkunde ist und bis zur Fälschungsklage vollen Beweis begründet. Außerdem hat in der Mitteilung das beendete Auflegen keinerlei Rechtswirkung. Mangels Gesetzesvorgaben entscheidet die Verwaltung, ob sie den Akt zustellt oder einfach nur mitteilt (übermittelt).

Erfolgt die Zustellung an die Adresse, so wird auf der Bestätigung das Datum angeführt und dieses gilt als das Datum, an dem die Zustellung erfolgte. Wird der Akt einer anderen Person als dem Empfänger ausgehändigt, so wird mit Einschreiben eine Mitteilung über die erfolgte Zustellung gesendet (CAN - Comunicazione di Avvenuta Notifica, diese hat aber keinerlei Bedeutung für den Abschluss der Zustellung).

Kann die Akt wegen Abwesenheit des Empfängers (oder Verweigerung einer anderen befähigten Person) nicht übergeben werden, hinterlässt der Briefträger im Briefkasten einen Hinweis, hinterlegt die Sendung beim Postamt und sendet dem Empfänger ein zweites Einschreiben (mit Empfangsbestätigung), das die Mitteilung über die erfolgte Hinterlegung (CAD - Comunicazione di Avvenuta Deposito) enthält. Dieses zweite Einschreiben wird auf der Tür angeschlagen oder in den Briefkasten eingeworfen (der Modus geht aus der Empfangsbestätigung der CAD hervor). Die Zustellung gilt als durchgeführt entweder nach Ablauf von zehn Tagen ab dem Zusenden des zweiten Einschreibens (das die CAD beinhaltet) oder Datum des Abholens falls früher. Nach Ablauf der Frist von zehn Tagen wird die Empfangsbestätigung (grünes Kärtchen) dem Absender zurückgegeben und am unteren Rand werden die Informationen der Mitteilung über die erfolgte Hinterlegung und deren Ursache angeführt.

Der Absender erhält sowohl die Empfangsbestätigung der CAD als jene des den Akt enthaltenden Einschreibens.

	Sachlage	Maßnahmen	Ausführung der Zustellung
1	Übergabe des Akts bei der Adresse an den Empfänger	auf der Empfangsbestätigung werden Datum und Unterschrift angeführt	bei Übergabe des Akts
2	Der Empfänger verweigert den Erhalt des Akts oder die Unterschrift auf der Empfangsbestätigung bzw. im Zustellregister	auf der Empfangsbestätigung wird die Verweigerung vermerkt	Die Zustellung gilt als im Moment der Verweigerung erfolgt.
3	Übergabe des Akts bei der Adresse an eine andere Person als den Empfänger	Der Postbeamte sendet eine CAN mittels Einschreiben.	bei Übergabe des Akts (CAN hat aber keinerlei Bedeutung für den Abschluss der Zustellung)
4	befähigte Person verweigert die Unterschrift auf der Empfangsbestätigung und nimmt den Akt entgegen	auf der Empfangsbestätigung wird die Verweigerung vermerkt	Die Zustellung gilt mit Entgegennahme des Akts als erfolgt.
5	Nichtzustellung an die Adresse wegen vorübergehender Abwesenheit des Empfängers	A) Einwerfen/Anschlagen der Mitteilung B) Hinterlegung beim Postamt C) Zusenden der CAD durch Einschreiben mit Empfangsbestätigung	10 Tage nach Entsenden des Einschreibens mit der CAD (beendetes Auflegen) oder mit Abholen des Akts innerhalb der 10 Tage
6	Die befähigte Person verweigert die Entgegennahme der Sendung oder das Unterschreiben des Zustellregisters.	A) Einwerfen/Anschlagen der Mitteilung B) Hinterlegung beim Postamt C) Zusenden der CAD durch Einschreiben mit Empfangsbestätigung	10 Tage nach Entsenden des Einschreibens mit der CAD (beendetes Auflegen) oder mit Abholen des Akts innerhalb der 10 Tage
7	totale Unauffindbarkeit des Empfängers (weder Wohnsitz, Aufenthaltsort noch Wohnort sind bekannt)	Hinterlegung bei der letzten Wohnsitzgemeinde oder wenn unbekannt beim Geburtsort	Die Zustellung gilt nach Ablauf von 20 Tagen ab Hinterlegung als ausgeführt.



unbekannt sein, bei der Geburtsgemeinde des Empfängers hinterlegt wird. Die Zustellung gilt am zwanzigsten Tag nach dem Hinterlegen als ausgeführt.

Verfahrensende

Für das Feststellungsorgan ist jedes Verfahren, das in den Anwendungsbereich von Artikel 4/bis des L.G. Nr. 9/1977 i.g.F. fällt, als erloschen zu erachten aufgrund:

- 1) des Prüfungsprotokolls, in welchem festgestellt wird, dass der Urheber des rechtswidrigen Verhaltens die erteilten Weisungen eingehalten hat, oder
- 2) des infolge eines Nachkontrollprotokolls mit ungünstigem Ergebnis abgefassten Feststellungsprotokolls (und entsprechender Zustellung), oder
- 3) des Übertretungsprotokolls (ohne vorausgehende Anwendung des Verfahrens laut Artikel 4/bis des L.G. Nr. 9/1977 i.g.F.) bei Feststellung, dass der Übertreter im auf die erste Übertretung folgenden Jahrfünft erneut die gleiche Gesetzesbestimmung übertreten hat. In diesem Fall wird das Verfahren der ersten Übertretung wieder aufgenommen und der Bußgeldbescheid verhängt; für die zweite Übertretung beginnt ein zweites, eigenständiges Verfahren.

Der Klarheit halber übermitteln wir als Anlage 2 eine Darstellung der oben beschriebenen Verfahrensabläufe.

C. MITSCHULD und SOLIDARITÄT bei Verwaltungsübertretungen: Hinweis

Um die Anwendung der hier beschriebenen Regelung (Artikel 4/bis des L.G. Nr. 9/1977 i.g.F.) hinsichtlich der "Mitschuld" und "Solidarität" einordnen zu können, sind einige allgemeine Erläuterungen hilfreich. Die Landesgesetzgebung hat die Hypothese der "Solidarität" (=solidarisch zur Zahlung verpflichtet, Artikel 2, L.G. Nr. 9/1977 i.g.F.) ausdrücklich geregelt, während sie sich hinsichtlich der "Mitschuld" im Begehen einer Rechtswidrigkeit darauf beschränkt hat, auf Artikel 4, Absatz 1 des genannten Landesgesetzes zu verweisen. Das G. 689/1981 regelt hingegen die zwei Konzepte in zwei separaten Artikeln (Artikel 5 *Concorso di persone* und Artikel 6 *Solidarietà*).

Mitschuld (eine Übertretung – mehrere Strafen – mehrere zur Zahlung Verpflichtete)

Mitschuld in einer Verwaltungsübertretung ist dann gegeben, wenn sich mehrere Personen in einer Verwaltungsübertretung schuldig machen. Jede einzelne davon unterliegt (gänzlich) einer Strafe, die für die begangene Übertretung vorgesehen ist.

Mitschuld von Personen kann einerseits bei zwei oder mehr Miturhebern bestehen, also sind mehrere Personen beteiligt, andererseits bei Unterstützen eines Übertretungsverursachers durch ein "teilnehmendes" Subjekt, d.h. ein Subjekt trägt ein Verhalten zutage, das an und für sich den bestraften Sachverhalt nicht zur Gänze darstellt, aber das Begehen der Verwaltungsübertretung begünstigt.

Für jedes Subjekt wird ein eigenes Verfahren eingeleitet, und unter ihnen entsteht keine solidarische Haftung.

Solidarität (eine Übertretung – eine Strafe – mehrere zur Zahlung Verpflichtete)⁷

Bekanntlich sieht das Konzept der Solidarität vor, dass bestimmte Subjekte mit dem Übertretungsverursacher solidarisch zur Zahlung der Strafe verpflichtet sind. Beahlt der Solidarverpflichtete die

⁷ Artikel 2 des L.G. 9/1977 i.g.F.

(1) Der Eigentümer/Die Eigentümerin der Sache, die zum Begehen der Übertretung benutzt worden ist oder für diesen Zweck bestimmt war, oder an seiner/ihrer Stelle der Fruchtnießer/die Fruchtnießerin oder, wenn es sich um eine unbewegliche Sache handelt, der Inhaber/die Inhaberin eines persönlichen Nutzungsrechts, ist solidarisch mit dem Urheber/der Urheberin der Übertretung zur Bezahlung des von diesem/dieser geschuldeten Betrags verpflichtet, wenn er/sie nicht beweist, dass die Benützung der Sache gegen seinen/ihren Willen erfolgt ist.

(2) Wird die Übertretung von einer Person begangen, die zwar zurechnungsfähig ist, aber der Amtsgewalt, der Leitung oder der Aufsicht einer anderen Person unterworfen ist, so ist die Person, welche die Amtsgewalt ausübt oder der die Leitung oder die Aufsicht übertragen ist, solidarisch mit dem Urheber/der Urheberin der Übertretung zur Zahlung des geschuldeten Betrags verpflichtet, es sei denn, sie kann nachweisen, dass sie die Handlung nicht verhindern konnte.

(3) Wurde die Übertretung vom gesetzlichen Vertreter/von der gesetzlichen Vertreterin oder einem/einer Bediensteten einer juristischen Person oder einer Körperschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder auch eines Unternehmers/einer Unternehmerin bei der Ausübung seiner/ihrer Funktionen oder Obliegenheiten begangen, so ist die juristische Person, die Körperschaft oder der Unternehmer/die Unternehmerin solidarisch mit dem Urheber/der Urheberin der Übertretung zur Zahlung des geforderten Betrags verpflichtet.

(4) In den Fällen laut den Absätzen 1, 2 und 3 hat derjenige/diejenige, der/die bezahlt hat, gegenüber dem Urheber/der Urheberin der Übertretung für den gesamten Betrag ein Recht auf Rückgriff, vorbehaltlich der Bestimmungen laut Artikel 7 des Gesetzesdekretes vom 30. September 2003, Nr. 269, umgewandelt in das Gesetz vom 24. November 2003, Nr. 326.



Strafe, hat er gegenüber dem Übertreter für den gesamten Betrag ein Recht auf Rückgriff. Das Bestimmen des Solidarverpflichteten ist für die Gültigkeit der Vorhaltung oder Zustellung der Feststellungsdaten nicht nötig, ist aber ein Mittel, das sichere Einheben der Strafe zu erreichen.

Man unterscheidet zwischen:

- a) **Urheber** des rechtswidrigen Verhaltens bzw. physische Person, der die Zuwiderhandlung (Handlung oder Unterlassung) zurechenbar ist;
- b) **Solidarverpflichteter**, der gegenüber der Verwaltung solidarisch zum Begleichen der Strafe verpflichtet ist, obwohl er die Übertretung nicht begangen hat.

Solidarität kann entwachsen

- a) aus der Beziehung, die zwischen dem Subjekt und der Sache besteht, die zum Begehen der Übertretung benützt worden ist (Artikel 2, Absatz 1, L.G. Nr. 9/1977 i.g.F.) [z. B. Eigentümer des von einem Dritten gehaltenen Tiers, Eigentümer des für unkonformen Transport genutzten Fahrzeugs];
oder
- b) aus der Beziehung zwischen dem Solidarverpflichteten und dem Übertreter (L.G. Nr. 9/1977 i.g.F., Artikel 2, Absätze 2 und 3);
 - Absatz 2 *Personen*, die dem Urheber des rechtswidrigen Verhaltens gegenüber *die Amtsgewalt oder die Leitung oder Aufsicht ausüben*;
 - Absatz 3 *juristische Personen, Körperschaften ohne Rechtspersönlichkeit oder Unternehmer*, für welche der Übertreter bestimmte Aufgaben ausführt.

Im Falle des Bezugs zu einer benützten Sache ist der Wahrheitsbeweis zulässig, also darf der Solidarverpflichtete beweisen, dass die Benützung der Sache gegen seinen Willen erfolgt ist. Auch wenn der Solidarverpflichtete eine natürliche Person ist, der die Amtsgewalt, die Leitung oder die Aufsicht über den Urheber des rechtswidrigen Verhaltens obliegt, darf er nachweisen, dass er die Handlung nicht verhindern konnte. Solidarverpflichtung besteht also nur, falls der mit der Amtsgewalt, Leitung oder Aufsicht betrauten Person mangelnde Kontrolle angelastet werden kann. Nur bei Vorfinden dieses Mangels kann der Betreuer solidarisch zur Verantwortung gezogen werden. Bei Tatbeständen laut dem dritten Absatz ist für den Solidarverpflichteten das Erbringen des Wahrheitsbeweises nicht ausdrücklich vorgesehen, allerdings tritt die Verpflichtung nur dann ein, wenn die Rechtswidrigkeit vom Übertreter im Rahmen seiner Aufgaben und Pflichten begangen wurde, d.h. wenn zwischen Auftragsausführung und Übertretung eine Verbindung in Zweck und Mittel offensichtlich ist.

In Tatbeständen, bei denen Artikel 4/bis L.G. Nr. 9/1977 i.g.F. Anwendung findet, hat der Solidarverpflichtete nicht nur eine Bedeutung, wenn für den Übertreter finanzielle Verpflichtung entsteht, sondern auch im Zeitraum für die Umsetzung der erteilten Weisungen, da der Solidarverpflichtete persönlich für die vom Feststellungsorgan geforderten Eingriffe/Handlungen sorgen kann. Bei fehlender Umsetzung und darauffolgendem Bußgeldbescheid kann er wegen seiner Mithaftung von der die Zwangsvollstreckung durchführenden Behörde herangezogen werden. Im Übrigen gilt die Verpflichtung, die gleiche Übertretung im darauffolgenden Jahr fünf nicht zu wiederholen, einzig und allein für den Übertreter und wird keinesfalls auf den Solidarverpflichteten ausgedehnt.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

D.M.

Der Landesveterinärdirektor

- Dr. Paolo Zambotto -

Anlagen

1. Rundschreiben des Landesamtes für Hygiene und öffentliche Gesundheit 23.6 vom 3.5.2011 "Violazioni amministrative che non danno luogo a danni irreversibili"
2. Darstellung der Verfahrensabläufe

**Verteilerliste**

An den Direktor des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs
Bozen

An den geschäftsführenden Verantwortlichen des Bereiches Tiergesundheit des tierärztlichen
Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs
Bozen

An die Koordinatoren des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs
In ihren Sitzen

An die bediensteten Tierärzte des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs
In ihren Sitzen

An das Veterinäramt für EU-Angelegenheiten von Trentino-Südtirol
Sterzing

An das Carabinierikommando NAS
Trient

An das Carabinierikommando NOE
Trient

An das Hauptinspektorat „Repressione Frodi“
S. Michele All'Adige (TN)

An die Landeskompanie der Carabinieri
Bozen

An die Staatspolizei - Quästur von Bozen
Bozen

An die Staatspolizei - Verkehrspolizeiabteilung Bozen
Bozen

An das Finanzpolizeikommando
Bozen

Zur Kenntnis:

An die Generaldirektion
Im Hause

An die Anwaltschaft des Landes 3.0
Im Hause

An das Amt für Rechtsangelegenheiten des Territoriums 3.4
Im Hause

An die Staatsanwaltschaft Bozen
Bozen



An die Abteilung 31 Landwirtschaft
Im Hause

An das Amt 23.6 für Hygiene und öffentliche Gesundheit
Im Hause

An das Labor für Lebensmittelanalysen 29.7
Im Hause

An das Institut für Tierseuchenbekämpfung der Venetien – komplexe Struktur des Einzugsgebiets
Bozen
Bozen

An die Tierärztekammer der Provinz Bozen
Bozen

An alle Gemendepolizeiämter der Gemeinden Südtirols
In ihren Sitzen

An den Südtiroler Gemeindenverband
Bozen

CIRCOLARE N. 12

Alla lista di distribuzione

Prot. n. 302421

Bolzano, 30.5.2013

Redatto da:

Dr. Daniela Momo / mm

Tel. 0471 63 51 00

E-Mail: vet@provincia.bz.it

PEC: vet@pec.prov.bz.it

Sanzioni amministrative: legge provinciale 7 gennaio 1977, n. 9, articolo 4/bis e successive modifiche (c.d. "ammonimento")**Precisazioni e indicazioni procedurali per gli organi accertatori****(rinvio alle Circolari n. 1/2011 e n. 2/2012 del Servizio veterinario provinciale)**

Nell'esercizio delle funzioni di vigilanza e controllo cui lo scrivente Servizio è preposto si sono riscontrate notevoli difformità nell'applicazione delle disposizioni in oggetto sia per quanto attiene **all'individuazione delle violazioni amministrative** soggette a mero "ammonimento", sia per ciò che attiene propriamente all'**iter procedurale** da seguire.

In via preliminare si ricorda (così come meglio esplicitato nella Circolare n. 1/2011 citata in oggetto, cui si rinvia) che la materia delle sanzioni amministrative è disciplinata sia dal legislatore statale sia da quello provinciale e che per il **criterio di competenza territoriale**, nella Provincia autonoma di Bolzano trovano applicazione le disposizioni di cui alla legge provinciale (L.P.) 7 gennaio 1977, n. 9 e successive modifiche (s.m.). Solo per quanto non espressamente disciplinato a livello provinciale, si applicano le disposizioni di cui alla legge (L.) 689/1981 e s.m.. Ai sensi dell'articolo 105 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670 (Testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo statuto speciale per il Trentino-Alto Adige), infatti, per le materie di competenza della Provincia, le disposizioni statali trovano applicazione fino a quando la Provincia non interviene con propria disciplina. Pertanto, qualora una stessa materia (di competenza provinciale) sia contemporaneamente disciplinata da fonti statali e provinciali, prevalgono quest'ultime. Con riferimento alle disposizioni contenute nei Decreti del Direttore del Servizio veterinario provinciale si tenga presente che le stesse vengono adottate in forza della delega contenuta nella L.P. 12 gennaio 1983, n. 3, articolo 4.

Eventuali dubbi sulla norma da applicare possono sorgere, inoltre, a fronte di una pluralità di disposizioni che disciplinano la medesima fattispecie. In tal caso l'operatore deve orientarsi applicando il **principio di specialità** di cui all'articolo 9 della L. 689/1981 e s.m. ai sensi del quale *"Quando uno stesso fatto è punito da una disposizione penale e da una disposizione che prevede una sanzione amministrativa, ovvero da una pluralità di disposizioni che prevedono sanzioni amministrative, si applica la disposizione speciale"* esclusa l'ipotesi in cui lo stesso fatto sia punito da una disposizione penale e da una disposizione provinciale. In questo caso, infatti, la norma penale prevale sulla fonte provinciale avendo lo Stato potestà legislativa esclusiva in materia penale.

Con riferimento alla procedura di cui all'articolo 4/bis L.P. 9/1977 s.m., appare opportuna innanzitutto una precisazione di tipo terminologico. Nella prassi è invalsa la consuetudine di utilizzare le espressioni "verbale di ammonimento" e "verbale di contestazione", ove con la prima si indica l'atto con cui viene accertata una violazione che non dà luogo a danni irreversibili, mentre la seconda espressione individua l'atto che accerta una violazione che produce danni di tipo irreversibile e determina l'avvio della procedura sanzionatoria così come prevista dal legislatore.

La presente circolare è pubblicata sul sito: www.provincia.bz.it/agricoltura



Dalla lettura delle norme in materia, la procedura sanzionatoria si articola sostanzialmente nelle seguenti fasi:

- 1) **atti di accertamento**: si tratta di atti di tipo istruttorio preordinati a verificare la sussistenza di una violazione (p.es. ispezioni, assunzione di informazioni, rilievi fotografici, ecc.) [articolo 3 L.P. 9/1977 s.m.; articolo 13 L. 689/1981 s.m.]
- 2) **accertamento** della violazione normativa che si concreta nella redazione del verbale di accertamento [articolo 3 L.P. 9/1977 s.m.]
- 3) **contestazione o notifica**¹ degli estremi della violazione, ove con l'espressione contestazione si indica la contestazione immediata (ovvero personale) all'autore della violazione e per notifica, invece, si intende la trasmissione (p.es. per posta) del verbale di accertamento [articolo 4 L.P. 9/1977 s.m.]
- 4) **pagamento in misura ridotta** [articolo 6 L.P. 9/1977 s.m.]
oppure
- 5) **esercizio del diritto di difesa dell'autore** della violazione (scritti difensivi e/o audizione) [articolo 7, comma 1 L.P. 9/1977 s.m.]
- 6) **ordinanza ingiunzione** (o archiviazione) [articolo 7 L.P. 9/1977 s.m.]

Alla luce di questa prima precisazione si evince chiaramente come il termine "ammonimento" abbia assunto più che altro una valenza convenzionale e non sia invece possibile ravvisare una corrispondente nozione giuridica nelle disposizioni di riferimento.

Ai fini di mera semplificazione espositiva si continua ad utilizzare in questa sede il termine "ammonimento" per indicare le fattispecie che rientrano nell'ambito di applicazione dell'articolo 4/bis della L.P. 9/1977 s.m.

A. ARTICOLO 4/bis L.P. 9/1977 s.m. (cd. "ammonimento"): individuazione delle violazioni che non danno luogo a danni irreversibili

Per completezza si forniscono alcune indicazioni di carattere generale.

L'articolo 4/bis, L.P. 9/1977 s.m., introduce la nozione di "**violazioni amministrative che non danno luogo a danni irreversibili**", poi meglio specificata nel D.P.P. 27 ottobre 2010, n. 39, articolo 1, come "*le carenze idonee a produrre ipotesi di danno patrimoniale o non patrimoniale, nelle forme del danno biologico, esistenziale o morale, ovvero ipotesi di danno pubblico ambientale, sanzionate con il ripristino dello stato dei luoghi o con risarcimenti in via equitativa; per violazioni amministrative che non danno luogo a danni irreversibili si intendono le restanti carenze*".²

Innanzitutto si pone l'attenzione sul fatto che il legislatore utilizza l'espressione "**idonee a produrre**" ossia si riferisce a violazioni che potrebbero produrre un danno irreversibile. Non è

¹ Nella prassi e in numerose pronunce giurisprudenziali il concetto di "contestazione" viene spesso utilizzato in senso ampio, sia per indicare le ipotesi di "contestazione immediata" sia quelle di "contestazione differita ovvero mediante notifica degli estremi della violazione". Nelle disposizioni legislative di riferimento, (l. 689/1981, articolo 14, articolo 18, comma 1; L.P. 9/1977, articolo 4) invece, il termine "contestazione" viene adoperato con accezione ristretta, solo per individuare le ipotesi di "contestazione (personale)", distinguendolo dal concetto di "notifica" degli estremi della violazione. La contestazione presuppone un rapporto personale e consiste nella diretta comunicazione dell'addebito. La contestazione vera e propria richiede, quindi, che vi sia immediatezza fra la stessa e l'accertamento e si configura solo quando si realizza pieno contraddittorio fra l'organo accertatore e l'autore della violazione. Quando non sia possibile addivenire alla contestazione immediata si procede tramite notifica degli estremi della violazione. (Per quest'interpretazione si veda p.es. "Il codice delle depenalizzazioni" p. 285, F. Bartolini, ed. La Tribuna).

² Al fine di un corretto inquadramento dell'ambito di applicazione della disposizione in esame si ricorda che il

- **danno patrimoniale** (ex articolo 2043 codice civile) consiste nella perdita, distruzione o danneggiamento di un bene patrimoniale, nella perdita di un guadagno o nella necessità sopravvenuta di compiere delle spese.
- **danno non patrimoniale** (ex articolo 2059, codice civile), consiste nella lesione di beni non suscettibili di valutazione economica, e ricomprende il a) **danno morale** (sofferenza interiore transitoria), b) il **danno biologico** (lesione del diritto all'integrità fisica e psichica suscettibile di valutazione medico-legale) e c) il **danno esistenziale** (lesione di altri interessi di rango costituzionale inerenti alla persona).

Unica forma di ristoro è il risarcimento in via equitativa (articolo 1226, codice civile).

- **danno pubblico ambientale** deriva dalla lesione del diritto della comunità da un lato alla conservazione, alla razionale gestione e al miglioramento delle condizioni naturali in tutte le sue componenti (aria, acqua, suolo e territorio), dall'altro all'esistenza e alla preservazione dei patrimoni genetici terrestri e marini, nonché di tutte le specie animali e vegetali che in esso vivono allo stato naturale.

Per questo tipo di danno le forme di ristoro previste sono il ripristino dello stato dei luoghi o il risarcimento in via equitativa.



necessario, quindi, che si sia verificato il danno irreversibile, ma semplicemente che il comportamento sia concretamente idoneo a cagionarlo.

Il concetto di "danno reversibile/irreversibile" utilizzato dal legislatore provinciale, anche alla luce della Circolare del Direttore generale n. 14/2010, è strettamente connesso a quello di "effetto reversibile". Se in seguito ad una violazione (sia che si concreti in un'azione sia in un'omissione), derivano effetti dannosi o potenzialmente dannosi che possono essere rimossi ossia la situazione può essere "sanata", l'organo accertatore nel verbale di accertamento indica le misure che ritiene opportune per rimuovere le inadeguatezze al fine di "sanare la situazione di fatto" e fissa un termine entro il quale l'autore della violazione deve conformarsi all'ordine impartito.

Resta fermo che qualora il fatto costituisca reato, la disciplina in oggetto non trova applicazione, esistendo in tal caso la potestà legislativa esclusiva dello Stato.

Occorre soffermarsi a riflettere sulla tipologia di conseguenze che possono derivare da un comportamento contrario alle disposizioni normative (azione od omissione).

a) *Gli effetti della violazione perdurano nel tempo ossia non si sono ancora esauriti al momento dell'accertamento.*

Si tratta dell'ipotesi in cui l'applicazione della disciplina in oggetto risulta più intuitiva. L'organo accertatore verifica la tipologia di danno che la violazione sta causando o potrebbe causare. A fronte di effetti ritenuti sanabili (ossia che non cagionano danni irreversibili di tipo patrimoniale e non, nelle sue diverse accezioni, o di tipo ambientale), ordina le misure da adottare e i termini da rispettare in modo da rimuovere (sanare) gli effetti o il pericolo di effetti di tipo comunque reversibile. (p.es. carenze strutturali/non corretta detenzione di animali; ecc).

b) *Gli effetti della violazione sono immediati e si "esauriscono" nel momento stesso in cui il comportamento viene posto in essere.*

In questo caso l'organo accertatore deve valutare quali danni derivano o sarebbero potuti derivare dalla violazione. Se all'esito di questa valutazione ritiene che si tratti di danni reversibili (=lesioni che non provocano o non siano idonee a provocare danni irreversibili), applica la disciplina di cui all'articolo 4/bis L.P. 9/1977: se gli effetti possono essere sanati, con il verbale di accertamento vengono fissate le misure da adottare per eliminare le inadeguatezze e i relativi tempi di adeguamento. Se gli effetti della violazione non possono essere rimossi, il verbale di accertamento non contiene prescrizioni, ma una diffida a reiterare la medesima violazione (es: accertamento di singolo episodio in cui non sono state rispettate le procedure previste nel piano HACCP, ossia carenze igieniche che non siano tali da produrre potenziale danni a terzi; trasporto di animali non avvenuto secondo le prescrizioni del D.Lgs 151/2007; macellazione domiciliare non comunicata, ecc.).

La valutazione dell'organo accertatore è essenziale per stabilire se il singolo caso possa rientrare nell'ambito di applicazione dell'articolo 4/bis L.P. 9/1977 s.m. con sospensione della procedura sanzionatoria o se la lesione sia tale da arrecare, anche solo in via potenziale³, danni irreversibili. In proposito si fa presente che il verbale di accertamento è un atto amministrativo e come tale deve essere supportato da una motivazione chiara, logica e non contraddittoria. Nel caso DI UN SUCCESSIVO GIUDIZIO DI OPPOSIZIONE L'ONERE DI PROVARE LA FONDATEZZA DEL PROVVEDIMENTO GRAVA SULL'AMMINISTRAZIONE OVVERO SULL'ORGANO ACCERTATORE.

A conclusione di questo primo paragrafo si richiamano alcuni ambiti di applicazione della disciplina che in base alla prassi risultano di particolare rilievo:

Documentazione

Le violazioni attinenti alla documentazione rientrano nell'ambito di applicazione dell'articolo 4/bis L.P. 9/1977 s.m. e pertanto con il verbale di accertamento vengono impartiti gli ordini idonei a sanare l'irregolarità riscontrata (p.es.: esibizione della documentazione dovuta; compilazione registri ecc.).

In proposito si rinvia alle circolari del Servizio veterinario provinciale n. 1/2011 e n. 2/2012.

³ La potenzialità del fatto a cagionare un danno irreversibile deve essere valutata utilizzando criteri quali p.es. a) il tasso di probabilità che si verifichi l'evento dannoso in situazioni ritenute normali; b) il livello di conoscenza media della persona potenzialmente danneggiata che deve comunque mantenere una condotta diligente; da tale valutazione vanno esclusi eventi improbabili o eccezionali.

**D.Lgs. n. 193/2007 s.m. (articolo 6, commi 4, 5, 6, 7, e 8)⁴**

A riguardo si richiama la disposizione di cui all'articolo 16 legge provinciale 12 dicembre 2011, n. 14 ai sensi del quale *"Qualora la **documentazione** prescritta dall'articolo 6, commi 6, 7 e 8 del decreto legislativo 6 novembre 2007, n. 193 manchi o sia incompleta, si configura una violazione che non determina danni irreversibili. Di conseguenza la violazione comporta una sanzione ai sensi delle norme procedurali di cui all'articolo 4/bis della legge provinciale 7 gennaio 1977, n. 9 s.m."*.

L'articolo 6 D.Lgs. n. 193/2007 s.m. introduce l'istituto per cui in presenza di determinate inadeguatezze, in alternativa alla sanzione, viene fissato un termine per conformarsi a quanto previsto dalle disposizioni in materia. Solo in mancanza di tale adeguamento la procedura sanzionatoria, conseguente all'accertamento della violazione, proseguirà il suo iter destinato a concludersi o con il pagamento in misura ridotta o con l'ordinanza ingiunzione.

Alla luce del combinato disposto della normativa provinciale (articolo 4/bis, L.P. n. 9/1977 s.m. e articolo 16 L.P. n. 14/2011 s.m.) e del D. Lgs. n. 193/2007 s.m., l'organo accertatore deve:

- 1) con riferimento ai **requisiti igienici** valutare se si tratti di carenze tali da portare all'applicazione della sanzione (danni -anche potenziali- irreversibili) o se invece si sia in presenza di inadeguatezze che possono essere rimosse (articolo 4/bis L.P. 9/1977 s.m.);
- 2) con riferimento alle **procedure di autocontrollo** le carenze ed inadeguatezze relative alla documentazione sono considerate, in applicazione della L.P. 14/2011, articolo 16, sempre sanabili e quindi rientrano nell'ambito di applicazione dell'articolo 4/bis L.P. 9/1977 s.m. Le altre carenze procedurali (non documentali) devono essere valutate dall'organo accertatore con riguardo alla tipologia di danno che ne potrebbe derivare (reversibile o irreversibile).

Termini

Per quanto riguarda il mancato rispetto di termini fissati per adempiere ad obblighi di legge (registrazioni/comunicazioni/vaccinazioni ecc), l'organo accertatore nel verbale prescrive le misure che devono essere adottate per sanare la situazione di fatto. Qualora non sia più possibile rimuovere gli effetti, l'organo accertatore deve verificare il tipo di effetti derivati o potenzialmente derivanti ossia se lesivi in modo irreversibile di beni patrimoniali, della salute o dell'ambiente. Come accennato la valutazione dell'organo accertatore è essenziale per valutare gli effetti reversibili o meno da ricondurre al danno causato o che si sarebbe potuto causare.

Etichettatura, igiene dei prodotti alimentari, rintracciabilità

Per questa categoria di fattispecie si rinvia alla Circolare dell'Ufficio provinciale igiene e salute pubblica 23.6 del 03.05.2011 "Violazioni amministrative che non danno luogo a danni irreversibili" [allegato 1].

Appare anche qui evidente come la valutazione discrezionale dell'organo accertatore sia essenziale per determinare la natura reversibile o meno dei danni (o dei possibili danni) conseguenti ad una violazione accertata.

B. Articolo 4/bis L.P. 9/1977 s.m.: ASPETTI PROCEDURALI per le violazioni che non danno luogo a danni irreversibili**Verbale di accertamento: formulazione**

Anche per le violazioni che non danno luogo a danni irreversibili, viene avviata una procedura sanzionatoria il cui primo atto è costituito dal verbale di accertamento che deve riportare tutti gli elementi propri di un verbale, ossia l'esatta indicazione della persona autrice della violazione, le circostanze di tempo e di luogo, gli estremi della persona che esegue l'accertamento, la

⁴ L'articolo 6 D.Lgs. 193/2007 contempla le seguenti fattispecie:

Requisiti igienici (commi 4, 5 e 7)

- in caso di mancanza assoluta di requisiti igienici il decreto legislativo prevede direttamente l'applicazione della sanzione (commi 4 e 5);
- se invece i requisiti sussistono, ma sono inadeguati, si concede un termine per rimuovere le inadeguatezze e solo in caso di mancata conformazione si procede all'applicazione della sanzione (comma 7)

Procedure di autocontrollo (commi 6, 7 e 8)

- procedure inesistenti: applicazione della sanzione (comma 6)
- procedure inadeguate: si concede termine per rimuovere le inadeguatezze (comma 7)
- procedure esistenti ma non applicate o applicate scorrettamente: applicazione della sanzione (comma 8)



descrizione dettagliata del fatto accertato, gli estremi della disposizione violata (con specificazione dell'articolo e del comma) nonché la sanzione prevista.

Si ricorda, inoltre, che anche quando il verbale viene notificato a mezzo posta ai sensi dell'articolo 149 del Codice di procedura civile (c.p.c.), in calce all'atto (sia sull'originale sia sulla copia autentica da inviare) va apposta la relata di notifica in cui va indicato l'Ufficio postale (p.es. Ufficio Postale di Bolzano) che provvede alla spedizione della copia autentica in piego raccomandato con avviso di ricevimento. La mancata compilazione della relata di notifica determina irregolarità formale del verbale.

Verbale di accertamento: misure di adeguamento o diffida

Il verbale di accertamento, inoltre, dopo la descrizione dei fatti e della valutazione che porta all'applicazione della procedura ordinatoria, deve indicare cosa deve essere fatto per rimuovere gli effetti del comportamento illecito riscontrato e devono essere **chiaramente ed obbligatoriamente** indicati i **termini entro i quali** le inadeguatezze riscontrate devono essere sanate. Indicativamente il tempo massimo da prevedere non dovrebbe essere superiore a **120 giorni**. Tuttavia non esistendo un'indicazione puntuale prevista per legge, nel caso ad es. sia necessario intervenire con lavori edili pesanti, si ritiene possibile dare tempi di adeguamento anche di diversi mesi.

Qualora il comportamento illecito esaurisca i suoi effetti nel momento stesso in cui viene posto in essere e pertanto gli effetti non possono più essere rimossi (=sanati), l'organo accertatore è chiamato a valutare se la condotta ha prodotto o avrebbe potuto produrre dei danni irreversibili. Se ritiene non vi siano danni irreversibili o comunque questi non avrebbero potuto essere causati, nel verbale di accertamento l'autore dell'illecito viene diffidato dal commettere nuovamente la stessa violazione.

Verbale di accertamento: diritto di difesa (30 gg ex articolo 18 legge 689/1981 s.m.)

Ancorché non espressamente previsto dall'articolo 4/bis L.P. n. 9/1977 s.m. si ritiene, comunque, corretto in attuazione dei principi fondamentali del nostro ordinamento, consentire all'autore dell'illecito la possibilità di presentare scritti difensivi e/o essere ascoltato, così come previsto in qualsiasi procedura sanzionatoria. In questo modo si garantisce all'interessato la possibilità di partecipare in contraddittorio al procedimento che lo riguarda così da poter adeguatamente difendere la propria posizione (diritto di difesa: articolo 24 Costituzione). Quest'aspetto assume particolare rilievo nel caso di reiterazione della medesima violazione nell'arco dei cinque anni successivi all'accertamento. Potrebbe, infatti, configurarsi l'ipotesi per cui la procedura possa già concludersi con l'archiviazione (p.es. notifica oltre i termini, errata valutazione dei fatti ecc.).

Come accennato, non essendoci espressa previsione da parte del legislatore provinciale, si fa riferimento alla disciplina di cui all'articolo 18 legge 689/1981, ossia al termine di trenta giorni dalla notifica dell'accertamento (infatti, non va computato anche il termine di 60 gg previsto per la possibilità di procedere al pagamento in misura ridotta).

Verifica dell'adeguamento alle indicazioni impartite

Decorso il termine fissato per eliminare le inadeguatezze, la legge provinciale prevede l'**obbligo di verificare** il rispetto della condotta da parte dell'autore dell'illecito. Si chiarisce al riguardo che tale verifica non può aver luogo vari mesi dopo la scadenza del termine fissato, ma è assolutamente opportuno provvedere entro tempi congrui (possibilmente nei **30 gg** successivi al decorso di detto termine). Se sussistono difficoltà di tipo organizzativo (malattie, ferie ecc.) è tollerato un rinvio della verifica, ma solo per il periodo strettamente necessario a superare la difficoltà contingente. Per situazioni particolari quali attività in malghe o di tipo stagionale può essere ammesso, eccezionalmente, che la verifica sia procrastinata al momento della ripresa dell'attività nella stagione successiva.

All'esito della verifica deve essere redatto verbale in cui va indicato che si tratta della verifica riferita all'accertamento condotto il gg/mm/aaaa, come attestato da documento prot. n. yx.

Ai fini del successivo articolarsi dello svolgimento della procedura è essenziale dare atto dell'esito della verifica.

La verifica dell'adeguamento alle indicazioni impartite può dare **esito favorevole o sfavorevole**.

1) **La verifica ha dato esito favorevole:** adeguamento alle indicazioni con eliminazione delle mancanze riscontrate.

Se l'organo accertatore verifica che l'autore dell'illecito si è conformato a quanto ordinato per



sanare la situazione, **la procedura sanzionatoria è sospesa**. Continuano, invece, a decorrere i termini per la prescrizione del diritto alla riscossione della sanzione (=prescrizione di cinque anni dal giorno in cui è stata commessa la violazione) e pertanto se l'autore dell'illecito nei cinque anni successivi non viola la medesima disposizione, la procedura sanzionatoria sospesa si estingue per prescrizione dei termini del diritto a riscuotere la sanzione (articolo 9 L.P. n. 9/1977 s.m.).

Nel verbale deve essere espressamente indicato che la procedura sanzionatoria è sospesa e che qualora il trasgressore nei cinque anni successivi all'accertamento violi nuovamente la stessa disposizione, non verrà applicata la procedura di cui all'articolo 4/bis L.P. 9/1977 s.m. (anche in presenza di danni reversibili) e che **l'organo competente** (=Servizio veterinario provinciale) procederà direttamente anche all'irrogazione della sanzione conseguente all'accertamento (precedente) conclusosi con l'adeguamento alle indicazioni impartite.

Da un punto di vista operativo l'organo accertatore in sede di redazione di verbale deve verificare se l'autore della violazione nei cinque anni precedenti ha commesso la medesima violazione. Per i procedimenti di competenza del Servizio veterinario provinciale le informazioni in proposito sono a disposizione dei singoli comprensori dell'azienda sanitaria dell'Alto Adige in quanto settimanalmente viene inoltrato l'elenco aggiornato dei verbali trasmessi al Servizio veterinario provinciale. Dagli altri organi accertatori la singola posizione può essere verificata contattando direttamente il Servizio veterinario provinciale o i singoli Servizi veterinari dell'azienda sanitaria.

Si sottolinea in questa sede che l'organo accertatore è tenuto a procedere alle verifiche sopradescritte e che la non corretta applicazione della procedura potrebbe anche venire a configurare un'ipotesi di danno erariale (=non procedere all'irrogazione di sanzioni previste). Pertanto, al fine di garantire il corretto funzionamento del sistema è indispensabile che i relativi verbali vengano trasmessi tempestivamente al Servizio veterinario provinciale.

In seguito alla segnalazione di reiterazione della condotta lesiva della stessa norma, la prima procedura sanzionatoria (sospesa) viene ripresa e l'autorità competente irroga la sanzione (=ordinanza ingiunzione). La notifica dell'ordinanza ingiunzione interrompe la prescrizione dei termini per la riscossione della sanzione conseguente alla prima violazione.

La procedura relativa alla seconda violazione, invece, si articola secondo quanto previsto per le violazioni che danno luogo a danni irreversibili.

Nel verbale, però, occorre precisare che la procedura ex articolo 4/bis L.P. 9/1977 s.m. non può essere applicata in quanto nei cinque anni antecedenti è già stata commessa la medesima violazione. Per il resto trova applicazione quanto previsto per la possibilità di avvalersi del pagamento in misura ridotta o di presentare scritti difensivi o essere ascoltati.

Si osservi come il legislatore provinciale (L.P. 9/1977, articolo 4/bis, comma 4), in questa sede, riconosca rilevanza alla reiterazione del comportamento antigiuridico (con conseguente preclusione della possibilità di applicare la procedura più favorevole di cui all'articolo 4/bis L.P. 9/1977 s.m.) solo qualora vi sia violazione della **"medesima disposizione"** ovvero della medesima prescrizione normativa (=stesso articolo, stesso comma) e non viene, pertanto, mutuato il concetto di cui all'articolo 8/bis L. 689/1981 ove si configura reiterazione rilevante in presenza di "violazioni della stessa indole".

- 2) **La verifica dà esito sfavorevole:** se l'autore della violazione non si conforma alle prescrizioni impartite, ai sensi dell'articolo 4/bis comma 3 della L.P. n. 9/1977 s.m. l'organo competente procede all'irrogazione della sanzione prevista. L'organo accertatore, quindi, redige un nuovo verbale in cui riporta i dati del primo verbale di accertamento, dà atto del mancato adeguamento alle prescrizioni impartite e riporta eventuali osservazioni del trasgressore. L'atto viene notificato al trasgressore e trasmesso al Servizio veterinario provinciale che provvede all'emissione dell'ordinanza ingiunzione.

Verbale di accertamento: notifica a mezzo posta

Nell'ambito dei procedimenti sanzionatori l'obbligo di notificare gli atti è espressamente previsto dal legislatore (articolo 4 L.P. n. 9/1977 s.m.).



Come già accennato, se la violazione non viene contestata personalmente gli estremi della stessa vengono notificati (e non comunicati!)⁵ in base alle disposizioni di legge in materia, a mezzo o

- di ufficiale giudiziario o
- di messo comunale o provinciale o
- **POSTA** (ipotesi in assoluto più frequente).

Le disposizioni contenute nel c.p.c. (articolo 136 e ss.) dettano la disciplina generale in materia di notificazioni e comunicazioni.

La L. 20 novembre 1982, n. 890 s.m. detta la specifica disciplina in materia di notifiche e comunicazioni a **mezzo posta**.

Si sottolinea che ai sensi dell'articolo 2 L. 890/1982 per le notificazioni di atti devono sempre essere usate le buste e gli avvisi di ricevimento di **colore verde**! Pertanto, le stesse modalità vanno applicate anche nell'ambito dei procedimenti ai sensi dell'articolo 4/bis L.P. 9/1977 (cd. ammonimento). Si tenga presente, infatti, che il mancato adeguamento alle prescrizioni impartite dall'organo accertatore, comporta l'emissione dell'ordinanza ingiunzione e pertanto la regolare notificazione dell'atto diventa essenziale per la validità dell'intera procedura sanzionatoria.

La relata di notifica (che fa fede fino a querela di falso) si compone della relazione apposta in calce all'atto e si perfeziona con la cartolina verde (avviso di ricevimento dell'atto) debitamente compilata e contenente l'eventuale indicazione degli estremi della CAD (Comunicazione Avvenuto Deposito)⁶.

Nel caso il plico venga restituito al mittente con l'indicazione "trasferito" o "sconosciuto" la notifica non si perfeziona. Sull'avviso di ricevimento viene indicato che il destinatario risulta irreperibile.

Se non sono ancora decorsi i termini per la notifica degli atti ed è noto il nuovo indirizzo, la notifica può essere ripetuta con le stesse modalità.

Se non sono conosciuti né la residenza, la dimora e il domicilio la notifica può essere eseguita ai sensi dell'articolo 143 c.p.c., depositando il plico presso il Comune dell'ultima residenza o se ignota in quello di nascita del destinatario. La notificazione si ha per eseguita nel ventesimo giorno successivo al deposito.

Conclusione del procedimento

Per l'organo accertatore ogni procedimento che rientra nell'ambito di applicazione dell'articolo 4/bis

⁵ La notifica si differenzia dalla comunicazione per l'efficacia probatoria della prima atteso che la relata di notifica è atto pubblico e fa fede fino a querela di falso. Per le comunicazioni, inoltre, la compiuta giacenza non produce alcun effetto giuridico. In assenza di prescrizioni di legge, l'amministrazione sceglie se notificare o semplicemente comunicare (trasmettere) l'atto.

Se la notifica avviene presso il domicilio, sull'avviso viene riportata la data che vale come data in cui è eseguita la notifica. Se l'atto è consegnato ad una persona diversa dal destinatario viene inviata tramite raccomandata una Comunicazione di Avvenuta Notifica (CAN, che però non è rilevante ai fini del perfezionamento della notifica).

Se l'atto non può essere consegnato per assenza del destinatario (o rifiuto di altra persona abilitata), il postino lascia un avviso nella cassetta, deposita il plico presso l'ufficio postale e invia al destinatario una seconda raccomandata (con avviso di ricevimento) che contiene la Comunicazione di Avvenuto Deposito (CAD). Questa seconda raccomandata è affissa alla porta o immessa nella cassetta postale (le modalità risultano dall'avviso di ricevimento della CAD). La notificazione si ha per eseguita trascorsi dieci giorni dall'invio della seconda raccomandata (contenente la CAD) o alla data del ritiro se anteriore. Compiuta la giacenza di dieci giorni, l'avviso di ricevimento (cartolina verde) viene restituito al mittente e in calce sono indicati i dati della comunicazione di avvenuto deposito e dei motivi che lo hanno determinato.

Al mittente vanno restituiti sia l'avviso di ricevimento della CAD sia quello della raccomandata contenente l'atto.

	Fattispecie	Adempimenti	Esecuzione notifica
1	Consegna dell'atto presso il domicilio al destinatario	Sull'avviso di ricevimento vengono apposte data e firma	Con la consegna dell'atto
2	Se il destinatario si rifiuta di ricevere l'atto o di firmare l'avviso o il registro	Sull'avviso di ricevimento si fa menzione del rifiuto	La notifica si considera eseguita al momento del rifiuto
3	Consegna dell'atto presso il domicilio a soggetto diverso dal destinatario	L'agente postale invia CAN tramite raccomandata	Con la consegna dell'atto (CAN non rileva ai fini del perfezionamento della notifica)
4	Se altra persona abilitata si rifiuta di firmare l'avviso e ritira l'atto	Sull'avviso di ricevimento si fa menzione del rifiuto	La notifica si considera eseguita con il ritiro dell'atto
5	Mancata consegna al domicilio per temporanea assenza del destinatario	A) Immissione/affissione avviso B) deposito atto presso Ufficio postale C) invio tramite raccomandata con avviso di ricevimento della CAD	Dopo 10 giorni dall'invio della raccomandata con la CAD (compiuta giacenza) o con il ritiro dell'atto entro i dieci giorni
6	Se altra persona abilitata a ricevere l'atto si rifiuta di ritirare il plico o di firmare il registro	A) Immissione/affissione avviso B) deposito atto presso Ufficio postale C) invio tramite raccomandata con avviso di ricevimento della CAD	Dopo 10 giorni dall'invio della raccomandata con la CAD (compiuta giacenza) o con il ritiro dell'atto entro i dieci giorni
7	Irreperibilità assoluta (non si conosce residenza, dimora e domicilio) del destinatario	Deposito atto presso il Comune dell'ultima residenza o se ignoto del luogo di nascita	La notifica si ha per eseguita decorsi 20 giorni dal deposito



della L.P. n. 9/1977 s.m. si ritiene concluso:

- 1) con il verbale di verifica in cui si constata che l'autore dell'illecito si è conformato alle prescrizioni impartite, o
- 2) con il verbale di accertamento redatto a seguito di verifica con esito sfavorevole (e relativa notifica), o
- 3) con il verbale di accertamento della violazione (senza previa applicazione della procedura di cui all'articolo 4/bis L.P. n. 9/1977 s.m.) in quanto si constata che, nell'arco del quinquennio successivo alla prima violazione, il trasgressore ha violato nuovamente la medesima disposizione di legge. In questo caso la procedura relativa alla prima violazione viene ripresa e viene adottata l'ordinanza ingiunzione; per la seconda violazione ha inizio una nuova autonoma procedura.

Al fine di maggior chiarezza si trasmette in allegato 2 uno schema dell'*iter* procedurale sopra descritto.

C. CONCORSO e SOLIDARIETÀ negli illeciti amministrativi: cenni

Per inquadrare correttamente l'applicazione della disciplina in esame (articolo 4/bis, L.P. n. 9/1977 s.m.) alle ipotesi di "concorso" e di "solidarietà", si ritengono opportune alcune precisazioni di carattere generale. Il legislatore provinciale ha scelto di disciplinare espressamente le ipotesi di "solidarietà" (=obbligati in solido, articolo 2, L.P. n. 9/1977 e s.m.), mentre per il concetto di "concorso" nella commissione dell'illecito si è limitato ad operare un richiamo dell'istituto nell'articolo 4, comma 1 della legge provinciale citata. La legge n. 689/1981, invece, riserva ad entrambi gli istituti apposita disciplina in due distinti articoli (articolo 5 *Concorso di persone*, articolo 6 *Solidarietà*).

Concorso (una violazione – più sanzioni – più obbligati)

Si ha concorso nell'illecito amministrativo quando più persone concorrono in una violazione amministrativa. Ciascuna di loro soggiace (per intero) alla sanzione prevista per la violazione commessa.

Si può avere **concorso** di persone sia nel caso di due o più coautori, cioè più soggetti che pongono in essere la condotta tipica, sia nel caso di un autore della violazione coadiuvato da un soggetto "partecipe", ossia un soggetto che ha avuto un comportamento che di per sé non configura in pieno la fattispecie sanzionata, ma che ha comunque contribuito ad agevolare la commissione dell'illecito amministrativo.

Per ogni soggetto si avvia un'autonoma procedura e fra gli stessi non si configura responsabilità solidale.

Solidarietà (una violazione – una sanzione – più obbligati)⁷

Come noto, l'istituto della solidarietà prevede che certi soggetti siano chiamati a rispondere in solido con l'autore della violazione del pagamento della sanzione. Se l'obbligato in solido paga la sanzione ha diritto di regresso per l'intero importo nei confronti del trasgressore.

L'individuazione dell'obbligato in solido non è essenziale per la validità della contestazione o della notifica degli estremi dell'accertamento, ma rappresenta un requisito che consente di addivenire all'effettiva riscossione della sanzione.

⁷ Articolo 2 L.P. 9/1977 s.m.

(1) Il proprietario/La proprietaria della cosa che servi o fu destinata a commettere la violazione o, in sua vece, l'usufruttuario/l'usufruitaria o, se trattasi di bene immobile, il/la titolare di un diritto personale di godimento, è obbligato/a in solido con l'autore/l' autrice della violazione al pagamento della somma da questo/a dovuta se non prova che la cosa è stata utilizzata contro la sua volontà.

(2) Se la violazione è commessa da persona capace di intendere e di volere ma soggetta all'altrui autorità, direzione o vigilanza, la persona rivestita dell'autorità o incaricata della direzione o della vigilanza è obbligata in solido con l'autore/l' autrice della violazione al pagamento della somma da questo/a dovuta, salvo che provi di non aver potuto impedire il fatto.

(3) Se la violazione è commessa dal/dalla rappresentante legale o dal/dalla dipendente di una persona giuridica o di un ente privo di personalità giuridica o, comunque, di un imprenditore/un' imprenditrice nell'esercizio delle proprie funzioni o incombenze, la persona giuridica o l'ente o l'imprenditore/l' imprenditrice è obbligato/a in solido con l'autore/l' autrice della violazione al pagamento della somma da questo/a dovuta.

(4) Nei casi previsti dai commi 1, 2 e 3 chi ha pagato ha diritto di regresso per l'intero nei confronti dell'autore/dell'autrice della violazione, salvo quanto previsto dall'articolo 7 del decreto legge 30 settembre 2003, n. 269, convertito in legge 24 novembre 2003, n. 326.



Si distingue fra:

- a) **autore** dell'illecito ossia la persona fisica cui è imputabile la trasgressione (azione o omissione)
- b) **obbligato in solido**: il soggetto che pur non avendo commesso la violazione è solidalmente obbligato nei confronti dell'amministrazione a corrispondere la sanzione.

La solidarietà può nascere:

- a) dalla relazione che esiste fra un soggetto e la cosa usata strumentalmente per la commissione della violazione (articolo 2, comma 1, L.P. n. 9/1977 s.m.) [es: proprietario dell'animale detenuto da terzo, proprietario del veicolo utilizzato per trasporto non conforme]
- oppure
- b) dal rapporto che sussiste fra l'obbligato in solido e il trasgressore (L.P. n. 9/1977 s.m., articolo 2, commi 2 e 3)
 - comma 2 *Persone rivestite di autorità, direzione o vigilanza* rispetto all'autore dell'illecito
 - comma 3 *Persone giuridiche, enti privi di personalità giuridica, imprenditori* per i quali il trasgressore svolge determinati compiti

Preme sottolineare come nelle ipotesi di correlazione con la cosa utilizzata è ammessa prova liberatoria ossia l'obbligato in solido può provare che la cosa è stata utilizzata contro la sua volontà.

Anche nel caso in cui l'obbligato in solido sia una persona fisica rivestita dell'autorità o incaricata della vigilanza o della direzione dell'autore dell'illecito, può essere data prova di non aver potuto impedire il fatto. La responsabilità solidale presuppone, infatti, che vi sia una mancanza di controllo imputabile alla persona a cui fanno capo i doveri di vigilanza, direzione e autorità. Solo qualora sia riscontrabile tale carenza il soggetto preposto potrà essere chiamato a rispondere in via solidale.

Per le ipotesi di cui al terzo comma non è espressamente prevista la facoltà per l'obbligato solidale di fornire prova liberatoria, ma resta comunque fermo che la responsabilità si configura solo quando l'illecito sia stato commesso dal trasgressore nell'ambito delle proprie funzioni o incombenze ossia quando sia ravvisabile un collegamento funzionale o strumentale fra lo svolgimento dell'incarico e la violazione.

Nelle ipotesi in cui trova applicazione l'articolo 4/bis L.P. n. 9/1977 s.m., la posizione dell'obbligato in solido assume rilievo non solo nel momento in cui per il trasgressore sorge l'obbligazione di tipo pecuniario, ma anche nella fase prevista per l'adeguamento alle prescrizioni impartite, potendo l'obbligato solidale provvedere personalmente agli interventi/atti richiesti dall'organo accertatore. In caso di mancato adeguamento e successiva ordinanza ingiunzione potrà essere escusso in via sussidiaria dall'amministrazione procedente all'eventuale esecuzione forzata.

Resta, comunque, fermo che l'obbligo di non reiterare la medesima violazione nell'arco del successivo quinquennio vincola solo ed esclusivamente il trasgressore e non si ritiene in alcun modo esteso all'obbligato in solido.

Si rimane a disposizione per ogni ulteriore chiarimento.

D.M.

Il Direttore del Servizio veterinario provinciale

- Dr. Paolo Zambotto -

Allegati

1. Circolare dell'Ufficio provinciale igiene e salute pubblica 23.6 del 03.05.2011 "Violazioni amministrative che non danno luogo a danni irreversibili"
2. Schema *iter* procedurale

**Lista di distribuzione**

Al Direttore del Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige
Bolzano

Al Responsabile facente funzioni dell'area Sanità animale del Servizio veterinario dell'Azienda
sanitaria dell'Alto Adige
Bolzano

Ai veterinari coordinatori del Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige
Loro sedi

Ai veterinari dipendenti dal Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige
Loro sedi

All'Ufficio veterinario per gli Adempimenti CE del Trentino-Alto Adige
Vipiteno

Al Comando Carabinieri NAS
Trento

Al Comando Carabinieri NOE
Trento

All'Ispettorato Centrale Repressione Frodi
S. Michele All'Adige (TN)

Al Comando provinciale Carabinieri
Bolzano

Alla Polizia di Stato - Questura di Bolzano
Bolzano

Alla Polizia di Stato - Sezione Polizia Stradale di Bolzano
Bolzano

Al Comando Guardia di Finanza
Bolzano

Per conoscenza:

Alla Direzione generale
Sede

All'Avvocatura della Provincia 3.0
Sede

All'Ufficio affari legali del territorio 3.4
Sede

Alla Procura della Repubblica di Bolzano
Bolzano



Alla Ripartizione 31 Agricoltura
Sede

All'Ufficio 23.6 Igiene e Salute pubblica
Sede

Al Laboratorio analisi alimenti 29.7
Sede

All'Istituto Zooprofilattico Sperimentale delle Venezie – Struttura complessa territoriale di Bolzano
Bolzano

All'Ordine dei medici veterinari della provincia di Bolzano
Bolzano

A tutti i Comandi di Polizia Municipale dei Comuni dell'Alto Adige
Loro sedi

Al Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano
Bolzano